

Klartext



Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion
Dezember 2021

Bezahlbarer Wohnraum für alle

» weiterlesen, S. 2

Flexibilisierung der Betreuungszeiten

» weiterlesen, S. 3

Klimaschutz und Klimafolgenanpassung

» weiterlesen, S. 6

Haushalt 2022: Projektpartnerschaft hat Zukunftsthemen im Blick

» weiterlesen, S. 8

Foto: CDU-Ratsfraktion

Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für E-Autos

Mit einer Strategie für den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur möchten wir die Elektromobilität in unserer Stadt fördern. Im Rat der Stadt Dortmund haben wir für einen diesbezüglichen Arbeitsauftrag an die Verwaltung gestimmt, um in Dortmund schnellstmöglich die notwendige Infrastruktur für eine wachsende Elektrifizierung des Verkehrs zu schaffen. Wir möchten mit der beauftragten Ausbaustrategie auch die immer wieder festzustellende „Henne-Ei-Problematik“ der Elektromobilität für unsere Stadt lösen. Die Frage, warum angesichts eines aktuell noch vergleichsweise geringen Anteils von Elektrofahrzeugen eine flächendeckende, noch dazu öffentliche Ladeinfrastruktur aufgebaut werden sollte, haben wir für uns mit einem eindeutigen Bekenntnis zur

Förderung der Elektromobilität beantwortet. Reinhard Frank, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Zweifel an der Reichweite von Elektroautos und die nicht hinreichend gewährleistete Ladeinfrastruktur begründen nach wie vor bei Unternehmen und Privatleuten eine gewisse Zurückhaltung beim Umstieg auf Elektroautos. Für unser gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestecktes Ziel der Klimaneutralität unserer Stadt bis 2035 müssen wir die Elektromobilität unbedingt nach vorne bringen. Dafür benötigen wir zeitnah ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Netz an Ladeinfrastrukturen im öffentlichen Raum.“



Foto: iStock.com/deepblue4you

DO kann mehr!



Dr. Jendrik Suck

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das in Kürze zu Ende gehende Jahr 2021 war ein herausforderndes Jahr für die Politik in unserer Stadt. Wir haben an vielen zentralen Zukunftsthemen weitergearbeitet, sie angestoßen, angepackt und Weichen gestellt. Schwerpunktthemen unserer Arbeit waren u. a. Stadtentwicklungsprojekte (Smart Rhino, Westfalenhütte, Energiecampus, nördliches Bahnhofsumfeld etc.), Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, moderne Mobilität, bezahlbarer Wohnraum für alle, Digitalisierung und der Schul- und Kitabau.

Erfolgreich fortentwickelt hat sich unsere Projektpartnerschaft mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Die projektbezogene Zusammenarbeit hat sich im ersten Jahr ihres Bestehens bewährt: Sie ist zur treibenden Kraft der Lokalpolitik gewachsen. Im Wege wechselnder Mehrheiten können so viele neue Akzente zum Wohle unserer Stadt gesetzt werden. Es tut der Stadt gut, dass sich im Rat und seinen Ausschüssen unterschiedliche politische Denkrichtungen hinter einem Ziel versammeln müssen, um mehrheitsfähig zu sein. Dieser Weg wechselnder Mehrheiten mit der Projektpartnerschaft als tragenden Grundpfeiler wird unsere Stadt weiterbringen.

Leider lastet auch in diesem Jahr die schwere Hypothek der Corona-Pandemie auf unserem Stadtleben. Wir alle sehnen uns danach, das Corona-Virus zu überwinden, damit sich das Leben in allen Bereichen uneingeschränkt entfalten kann. Teststrategie, Kontaktnachverfolgung, Impfkampagne, Luftfilter für Schulen und Kitas — immer wieder haben wir den Punkt „Corona“ auf die Tagesordnung des Rates gebracht. Jeder einzelne von uns kann einen Beitrag leisten, die Wellen der Pandemie zu brechen: Wir müssen uns und andere bestmöglich schützen. Deshalb auch an dieser Stelle der Appell: Nehmen Sie bitte die bestehenden Impfangebote wahr! Unsere Fraktion wird sich auch weiterhin für eine optimale Impf-Infrastruktur und begleitende Informationskampagnen einsetzen.

Mit der Ihnen vorliegenden Ausgabe des „Klartextes“ möchten wir Ihnen auszugsweise aus der Arbeit unserer Fraktion im zweiten Halbjahr 2021 berichten und Ihnen unsere Position zu ausgewählten Themen vorstellen.

Möchten Sie mehr über unsere Politik erfahren und fortlaufend über unsere Ziele informiert sein? Dann lade ich Sie ganz herzlich ein, uns in den Sozialen Medien zu folgen! Über unsere Social-Media-Kanäle sind Sie immer „nah dran“ am kommunalpolitischen Geschehen.

Eine interessante Lektüre und einen guten Übergang gen 2022 wünscht Ihnen

Ihr

Dr. Jendrik Suck
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Bezahlbarer Wohnraum für alle



Foto: CDU-Ratsfraktion

Damit sich die Lage auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt nicht weiter anspannt und Wohnraum bezahlbar bleibt, fördern wir die Entstehung neuen Wohnraums. Wichtig: Möglichst flächenschonend vorzugsweise im Wege der Innenentwicklung, Nachverdichtung und Aufstockung.

Kommunaler Wohnungsbau

Damit der Neubau von Wohnungen an Fahrt gewinnt, haben wir im Rahmen der Projektpartnerschaft gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Intensivierung der kommunalen Bautätigkeit zu erarbeiten. Hintergrund ist vor allem unser Ziel des jährlichen Neubaus von 2.500 Wohnungen bis 2025 in allen Segmenten. Uwe Waßmann, wohnungspolitischer Sprecher: „Für zielführend halten wir dabei ein Zusammenwirken von DOGEWO₂₁ als kommunalem Wohnungsunternehmen, der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft DSG und dem städtischen Sondervermögen Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund.“

Die Verwaltung konzentriert sich derzeit auf die Weiterentwicklung der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft zu einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, zu deren Aufgaben

- der Wohnungsneubau,
- die Sanierung von Problemimmobilien und
- die Modernisierung und Bewirtschaftung von Bestandsimmobilien gehören soll.

„Dies sehen wir kritisch“, betont Waßmann und erläutert: „Der DSG sollen im größeren Stil städtische Grundstücke übertragen werden. Faktisch begründet dies eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der anderen örtlichen Wohnungsgesellschaften, denen Bebauungsmöglichkeiten entzogen werden. Wir fürchten mit Blick auf die beabsichtigte Standardisierung und Modularisierung des Bauens durch die DSG zudem um die Qualität des Wohnungsbaus in Dortmund. Schließlich

fragen wir uns, wie die neu ausgerichtete DSG angesichts der aktuellen Baukosten einigermaßen ausgeglichene Ergebnisse erreichen will, wenn ein Schwerpunkt auf der Schaffung sozial gebundenen Wohnraums liegen soll. Zumal wir Wohnraum in allen Marktsegmenten benötigen.“

Ähnliche Erwägungen veranlassen uns, das von der Verwaltung vorgelegte ‚Kommunale Wohnkonzept Dortmund 2021‘ in Bezug auf die darin vorgesehene generelle Erhöhung der Mindestquote für den geförderten Wohnungsbau kritisch zu betrachten. Danach sollen bei Neubauprojekten künftig 30% der Wohnfläche für Sozialwohnungen reserviert werden: „Wir wünschten uns hier mehr Flexibilität. Die Stadt darf keine Investitionshemmnisse aufbauen. Die Schaffung neuen Wohnraums muss für Investoren attraktiv bleiben“ mahnt Waßmann mehr Ausgewogenheit an.

Wohnbauprogramm für Familien

Unser Ziel ist es, dass Familien in Dortmund ein Zuhause finden und nicht ins benachbarte Umland abwandern. Wir möchten Familien in unserer Stadt ein attraktives Wohnraumangebot unterbreiten können. „Wir freuen uns, dass wir im Rahmen unserer Projektpartnerschaft mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Dortmund die schon in unserem Kommunalwahlprogramm stehende Entwicklung eines Wohnbauprogramms speziell für junge Familien durchsetzen konnten. Ziel ist es, mittelfristig bis zu 5.000 neue Wohneinheiten für junge Familien in Dortmund zu schaffen“ erklärt Waßmann. Um dieses Ziel zu erreichen, soll möglichst bereits bei der Aufstellung von neuen Bebauungsplänen ein signifikanter Flächenanteil für den Wohnraumbedarf von jungen Familien vorgehalten werden. Das beauftragte Konzept sollte den politischen Gremien spätestens im 4. Quartal 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

DortmundFonds für Wohnraum, Energie und Klima und ÖPNV

Die Verwaltung soll Konzepte für einen DortmundFonds oder ein vergleichbares Finanzierungsinstrument erarbeiten, die es der Dortmunder Bürgerschaft und Dortmunder Unternehmen ermöglichen, sich finanziell an Projekten zur Weiterentwicklung der Stadt zu beteiligen. Dies haben wir gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Finanzausschuss durchgesetzt. Drei Varianten stellen wir uns vor:

Ein Beteiligungs-/Investitionsmodell zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum, ein Beteiligungs-/Investitionsmodell zur Förderung regenerativer und nachhaltiger Energie- und Klimaschutzmaßnahmen und ein Beteiligungsmodell zur Förderung von Investitionen im Bereich des ÖPNV.

„Die Idee ist es, bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren, dadurch zusätzliche Mittel für die Umsetzung nachhaltiger Investitionen in Wohnraum, Klimaschutz oder ÖPNV zu mobilisieren und denjenigen, die sich finanziell für ihre Stadt und ihre Ziele engagieren, eine nachhaltige und sichere Geldanlage zu bieten. Wenn die Rechnung aufgeht, eine Win-win-Situation

für Stadt und Gesellschaft. Für solche Konzepte lassen sich in anderen Städten, wie z. B. München Ansätze finden, die sich möglicherweise auf Dortmund übertragen lassen. Die Einbindung städtischer Töchter und Beteiligungen, wie

Sparkasse, DSW, DSG, DEW oder DOGEWO, als Partner für entsprechende Investitionsmodelle soll geprüft werden“ stellt Sascha Mader, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, die Idee des DortmundFonds vor.



Foto: iStock.com/khonkangrua

CDU-Initiative beschlossen: Defibrillatoren zur Laienreanimation für städtische Gebäude und Sportanlagen



Foto: CDU-Ratsfraktion

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat sich der Rat der Stadt Dortmund für eine flächendeckende Ausstattung öffentlicher Gebäude und Sportanlagen mit Defibrillatoren zur Laienreanimation ausgesprochen.

„Wie die auch von uns angestoßene Einführung des Systems der ‚Mobilen Retter‘ stellt die Anschaffung und flächendeckende Verfügbarkeit dieser lebensrettenden Geräte einen wichtigen Baustein zur weiteren Optimierung der Notfallversorgung in Dortmund dar. Im Ernstfall kann bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes neben den klassischen Erste-Hilfe-Maßnahmen insbesondere der Einsatz von Defibrillatoren zu einer deutlichen Verbesserung der Notfallversorgungskette beitragen. Zumal viele Defibrillatoren heutzutage speziell für die Nutzung durch Laienhelfer entwickelt werden. Die Geräte sind deshalb auch

ohne Fachwissen oder praktische Vorkenntnisse in der Ersten Hilfe anwendbar“, erläutert Thomas Bahr, Sprecher der CDU-Fraktion im Gesundheitsausschuss.

Nach Schätzungen des Deutschen Zentrums für Herz-Kreislauf-Forschung e.V. versterben bundesweit jedes Jahr rund 65.000 Menschen am plötzlichen Herztod, der damit eine der häufigsten Todesursachen in Deutschland ist. Bei einem Herzstillstand werden die individuellen Überlebenschancen und anschließenden Rehabilitationsperspektiven entscheidend dadurch beeinflusst, wie schnell mit geeigneten Wiederbelebungsmaßnahmen (Laienreanimation) begonnen wird: Jede Minute des Herzstillstandes verringert die Überlebenschancen um etwa 10 Prozent, während das Risiko irreversibler Hirnschäden minütlich steigt.

Flexibilisierung der Betreuungszeiten

In unserem „Dortmund Programm 2020 bis 2025“ haben wir die Flexibilisierung und Ausrichtung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten entsprechend den Bedarfen der Kinder und ihrer Eltern zum Ziel erhoben. Diesem Ziel sind wir inzwischen einen großen Schritt nähergekommen. Landesmittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten machten dies möglich: Vor dem Hintergrund des zum 01.08.2020 in Kraft getretenen Gesetzes zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung haben wir im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie bereits im vergangenen Jahr eine „Strategie zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung“ auf den Wege bringen können. Rückwirkend zum 1. August 2021 konnten wir angesichts einer neuen Pauschale des Landes, die zur Förderung des bedarfsgerechten Ausbaus von kindgerechten und familienunterstützenden Angeboten in der Kindertagesbetreuung gezahlt wird, beschließen, dass für flexible Betreuungsangebote in Kitas rückwirkend zum 1. August 2020 keine zusätzlichen Elternbeiträge erhoben werden.

Christian Barrenbrügge, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion erläuterte den beabsichtigten Ausbau flexibler Betreuungsangebote:

„Schritt für Schritt wird es in Dortmund zur von uns angestrebten Flexibilisierung der Betreuungszeiten kommen, um den unterschiedlichsten Familienbedürfnissen gerecht zu werden. Die Konzentration liegt zunächst auf Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen, die über eine Öffnungszeit von wöchentlich 47 Stunden hinausgehen und Öffnungszeiten und Betreuungsangeboten nach 17 Uhr und vor 7 Uhr. Mit der angekündigten Steigerung der Fördermittel können weitere Flexibilisierungen der Öffnungszeiten in Angriff genommen werden, wie zum Beispiel Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen an Wochenend- und Feiertagen oder zusätzliche Betreuungsangebote bei unregelmäßigem Bedarf oder für ausnahmsweise kurzfristig erhöhten Bedarf der Familien und Notfallangebote. Profitieren sollen vor allem Alleinerziehende und Familien, in denen beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit, einer Ausbil-

dung, einem Studium oder einer Weiterbildung nachgehen sowie Familien, in denen häusliche Pflege geleistet wird. Ziel ist es, nach Möglich-

keit in allen Stadtbezirken kindgerechte und familienunterstützende flexible Betreuungsangebote einzurichten.“



Foto: iStock.com/Yana Tatevosian

Betriebliche Kinderbetreuung

Es ist so weit: Unsere schon lange erhobene Forderung nach einem Angebot betrieblicher Kinderbetreuung für die über 10.000 Beschäftigten der Stadtverwaltung wird Wirklichkeit. Will die Stadt sich im Wettbewerb um die „besten Köpfe“ als attraktive Arbeitgeberin präsentieren, muss es ein Anliegen sein, die bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Wir konnten durchsetzen, dass zu Beginn des Kindergartenjahres 2022/2023 neben den insgesamt 60 Belegplätzen für städtische Beschäftigte in Kindertageseinrichtungen des städtischen Trägers FABIDO mindestens eine Großpflegestelle für die Betreuung von Kleinkindern innerhalb oder in der Nähe des Standorts der Kernverwaltung (Südwall, Olpe, Kleppingstraße, Friedensplatz) geprüft und wenn möglich eingerichtet wird.

Barrierefreie Bushaltestellen für einen attraktiveren ÖPNV für alle

Wir wollen einen attraktiven ÖPNV für alle, der niemanden von der Nutzung ausschließt. Im Rat haben wir den Fachbeitrag „Barrierefreie Bushaltestellen“ beschlossen. Anknüpfend an das „Bushaltestellenprogramm 2016 – 2017“ werden darin die noch nicht barrierefrei gestalteten Bushaltestellen bewertet und priorisiert. Wir haben im gesamten Beratungsgang über die beteiligten Fachausschüsse bis hin zum Rat immer wieder deutlich gemacht, dass wir erwarten, dass die Verwaltung bei der barrierefreien Umgestaltung unserer Bushaltestellen endlich auf´s Gas drückt. Von den rund 1.880 Bushaltestellen müssen noch 1.226, also gut zwei Drittel, barrierefrei ausgebaut werden. Daran wird auch gearbeitet, aber nur im Schnecken tempo: Aktuell werden jährlich etwa 30 Bushaltestel-

len in Angriff genommen. Und das, obwohl die Nahverkehrsplanung nach dem Personenbeförderungsgesetz seit dem Jahr 2013, an dem Ziel auszurichten ist, bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. Bald ein Jahrzehnt ist seitdem vergangen!



Foto: CDU-Ratsfraktion

„Am Geld scheitert der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen jedenfalls nicht“ erläutert Uwe Waßmann, Vorstandsmitglied der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des VRR: „Für neue Maßnahmen zum barrierefreien Ausbau von Haltestellen bewilligt der VRR zukünftig 100% der förderfähigen Kosten. Wir erwarten, dass die Stadt endlich den Turbo anwirft und die Verwaltung die Fördermittel des VRR zügig abrufen, um bestehende Hindernisse abzubauen und allen Menschen einen barrierefreien Zugang zum ÖPNV zu ermöglichen. Die Barrierefreiheit unserer ÖPNV-Haltestellen ist über Jahre hinweg verschleppt und nur stiefmütterlich angegangen worden. Damit muss Schluss sein!“

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV:

- **Neue Schnellbuslinie im Dortmunder Westen verbindet Mengede mit TU und TZDO**
- **Systemupgrade für das Dortmunder Stadtbahnnetz**

Wir freuen uns über den Zuschlag für eine neue Schnellbuslinie (X-Bus Linie), die eine Verbindung von Datteln über Waltrop, Mengede, Huckarde und Dorstfeld in den Bereich von TU Dortmund und Technologiezentrum Dortmund schafft. Dadurch wird die ÖPNV-Anbindung im Westen unserer Stadt attraktiver und ein Anreiz geschaffen, auf den ÖPNV umzusteigen.

Reinhard Frank, mobilitätspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund: „Insgesamt sind 80 denkbare Schnellbuslinien im Einzugsbereich des VRR betrachtet und bewertet worden. Mittels einer Fahrgastprognose kristallisierten sich 12 Strecken mit dem größten Fahrgastpotential heraus. Von diesen sollen sieben bereits im nächsten Jahr an den Start gehen. Die Strecke im Dortmunder Westen gehört dazu!“

Für die neuen X-Bus Linien stellt das Land insgesamt 1,25 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung. Die X-Bus Linie in Dortmund wird werktags in einem 30-Minuten-Takt und abends wie am Wochenende stündlich verkehren. Das neue ÖPNV-Angebot wird auch dadurch interessant, dass eine Anschlussplanung an das bestehende SPNV-Netz bei der Erstellung der X-Bus-Fahrpläne berücksichtigt wurde.

- Ziel der regionalen Schnellbusse ist es,
- neue Direktverbindungen zu schaffen,
 - (schnelle) Querverbindungen zwischen SPNV-Linien zu realisieren,
 - schienenferne Orte an das SPNV-Netz (Zubringerfunktion) anzubinden,

- neue, schnelle Verbindungen zwischen Städten und relevanten Stadtteilen herzustellen,
- neue, schnelle und umsteigefreie Relationen zu Universitäten und Flughäfen zu bieten.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Systemupgrade für das Stadtbahnnetz

Für ein Systemupgrade zur Grunderneuerung von Stadt- und Straßenbahnnetzen bis 2031 stellt das Land im Rahmen seiner „ÖPNV-Offensive“ Fördermittel in Höhe von 1 Mrd. Euro zur Verfügung. Uwe Waßmann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, erläutert, wie Dortmund davon profitieren wird: „Die DSW21 hat einen aus 723 Einzelmaßnahmen bestehenden Katalog zur Erneuerung und Ertüchtigung der Strecken und Anlagen der Dortmunder Stadtbahn erstellt. Das Investitionsvolumen für das Gesamtpaket liegt bei rund 320 Mio. Euro bei einem Fördervolumen von 96 Mio. Euro. Ein Teil der Dortmunder Stadtbahnstrecken und Stadtbahnanlagen steht im Eigentum der Stadt Dortmund. Deshalb haben wir im Rat der Stadt Dortmund diesbezügliche Erneuerungsinvestitionen in Höhe von rd. 116 Mio. Euro beschlossen. Diese werden mit 40% aus dem Programm „Kommunale Schiene NRW“ gefördert. Unser Ziel ist ein moderner, attraktiver ÖPNV als Grundpfeiler einer zuverlässigen, sicheren und sauberen Mobilität in unserer Stadt.“

Corona: Raus aus der 4. Welle, raus aus der Pandemie!

Wir wollen raus aus der Pandemie und vor Ort alles dafür tun, jede weitere Infektionswelle zu verhindern. Deshalb bringen wir immer wieder den Punkt „Corona“ auf die Tagesordnung der Sitzungen des Rates. „Dies geschieht unter dem Eindruck, dass die Verwaltung in unserer Wahrnehmung immer wieder angetrieben werden muss, die notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus zu ergreifen. Unser Eindruck: Die Stadtverwaltung reagiert nur, statt in Voraussicht der sich abzeichnenden Entwicklungen auch einmal unbürokratisch die sich aufdrängenden Maßnahmen einzuleiten“, erläutert der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, Dr. Jendrik Suck, und fährt fort: „Wir sind – und dies gilt leider für alle politischen Ebenen – Weltmeister im Zögern, Zaudern, Abwägen und Abschieben von Verantwortung. Dies mag daran liegen, dass diejenigen, die Entschlusskraft zeigen, sich die Finger verbrennen. Dabei muss uns allen inzwischen klar sein: Wenn wir nicht entschlossen handeln und den Mut haben, auch unpopuläre Entscheidungen im Kampf gegen die Pandemie zu treffen, werden wir weiter von einer Corona-Welle auf die nächste zusteuern. Eine willfährige Politik hilft am Ende nur der Ausbreitung des Corona-Virus und uns grüßt täglich das Marmeladier!“

Erhöhung der Impfquote

Unstreitig liegt ein Schlüssel, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen, in einem möglichst hohen und wirksamen Impfschutz unserer Stadtbevölkerung. Bereits im Spätsommer haben wir im Rat durchgesetzt, dass die Stadt Dortmund ihre Impfkampagne weiterentwickelt und um weitere Bausteine anreichert. „Konkret geht es uns darum, Impfangebot und Ungeimpfte

zusammenbringen“, erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Thomas Bahr: „Um vor dem Winter die Impfquote bei den über 12-Jährigen zu steigern, haben wir gefordert, die im gesamten Stadtgebiet verteilten Schulzentren und Gesamtschulstandorte regelmäßig und mit ausreichender Vorankündigung mit Impfbussen anzufahren bzw. mit mobilen Impfteams aufzusuchen. Außerdem haben wir uns gefragt, wo man zielsicher möglichst viele bislang Ungeimpfte erreicht? – Klar, an Testzentren! Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, an besonders frequentierten Corona-Schnelltest-Zentren mit Impfbussen oder mobilen Impfteams Impfangebote zu schaffen.“

Für Booster-Impfungen rüsten!

Wir müssen das Tempo bei den Auffrischungsimpfungen erhöhen und für eine vorhersehbar steigende Nachfrage gerüstet sein. Auch deshalb haben wir den Ausbau der dezentralen Impfangebote gefordert. Die städtischen Impfangebote sollen dabei das Impfgeschehen bei den niedergelassenen Ärzten sinnvoll ergänzen. Für das möglichst wohnortnahe und niedrigschwellige Impfangebot soll die Stadt mit einer Aufklärungs- und Informationskampagne werben. Es muss ankommen, dass eine Auffrischungsimpfung sechs Monate nach abgeschlossener Erstimpfung den Impfschutz erhöht. Nach unseren Vorstellungen sollte für die Booster-Impfungen auch die Einführung eines zentralen Impfzentrums in den Westfalenhallen geprüft werden.

„Wir haben darauf gedrängt, vor Weihnachten an geeigneten Standorten, die auf dem Weg zum Weihnachtsmarkt liegen, mit den städtischen

Impfbussen ein Impfangebot zu unterbreiten. Die Dortmunder Weihnachtsstadt und die Einzelhandelsangebote führen täglich viele Menschen in die Dortmunder City. Diese zusätzliche Chance, Menschen mit einem Impfangebot für Erst- und Auffrischungsimpfungen zu erreichen, sollte nicht ungenutzt verstreichen. Jede Impfung zählt!“, führt Thomas Bahr aus.

Im Blick hatten wir auch diejenigen, für die es bislang noch kein Impfangebot gibt: Unsere Jüngsten in Schulen und Kitas. „Luftfilteranlagen sind sicher kein Allheilmittel. Die Lösung kann aber auch nicht darin liegen, Klassenräume einfach nur durchzulüften.“, meint Bahr und fährt fort: „Für prüfenswert halten wir deshalb den flächendeckenden Einsatz eines vom Max-

Planck-Institut für Chemie (MPIC) entwickelten ventilatorgestützten Fensterlüftungssystems.“

Kindgerechte Impfstraßen

Das Motto bleibt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und auszuprobieren, um der permanenten Ausbreitung des Corona-Virus etwas entgegenzusetzen, damit es keine Notwendigkeit für erneute rigorose Einschränkungen unseres Lebens gibt. „Wir müssen endlich einmal vor die Lage kommen!“, gibt Dr. Jendrik Suck die Marschroute vor und fordert abschließend: „So erwarten wir, dass schon jetzt die Planungen für kindgerechte Impfaktionen anlaufen, um für den Moment gerüstet zu sein, in dem die Ständige Impfkommission ihre Empfehlung zur Corona-Impfung der Fünf- bis Elfjährigen veröffentlicht.“



Foto: CDU-Ratsfraktion

Dortmunder Hafen: Rüsten für neue Konkurrenz in Hamm



Foto: CDU-Ratsfraktion

Auf dem einst größten deutschen Rangierbahnhof in Hamm soll eine neue multimodale und innovative Logistik-Drehscheibe entstehen, die Schiene, Straße und Wasserwege verbindet. Wir haben im Rat der Stadt Dortmund den geplanten „Multi Hub Westfalen“ zum Thema gemacht und auf die Tagesordnung gebracht. Wir sehen das Vorhaben im benachbarten Hamm in unmittelbarer Konkurrenz zu unserem trimodalen Straße-Schiene-Wasser-Verkehrsknoten am Dortmunder Hafen. Es zeichnet sich eine Wettbewerbssituation ab, die für die Dortmunder Hafen AG und die Con-

tainer Terminal Dortmund GmbH eine große Herausforderung bedeutet. Dazu erklärt unser Sprecher im Beteiligungsausschuss, Sascha Mader: „Trotz der Brisanz für unseren Standort gab es zu den bereits im Oktober bekannt gewordenen Plänen bis zur letzten Ratssitzung noch keine Einlassung seitens der Verwaltung. Wir haben die Verwaltung deshalb im Rat der Stadt aufgefordert,

- sich im Interesse unseres Standortes eindeutig zu der zwischen Land NRW, Stadt Hamm und DB Cargo AG sowie der

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft im Oktober unterzeichneten Absichtserklärung zur Errichtung des „Multi Hub Westfalen“ zu positionieren und

- die weitere Unterstützung der Logistik-Drehscheibe Dortmunder Hafen durch Bund, Land und Deutsche Bahn zu sichern.

Zudem fordern wir eine gutachterliche Betrachtung der künftigen Wettbewerbssituation und der daraus abzuleitenden Unternehmensstrategie der Dortmunder Hafen AG und der Container Terminal Dortmund GmbH.“

An einem weiteren wichtigen Thema für den Dortmunder Hafen bleiben wir dran: Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Hafengebiet durch einen Vollanschluss der Westfaliastraße an die OWIIIa. Uwe Waßmann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Zur besseren verkehrlichen Anbindung des Hafengebietes wollen wir, dass die Verwaltung in Verhandlungen mit der Deutschen Bahn die für die Realisierung des Vollanschlusses der Westfaliastraße an die OWIIIa notwendigen Flächen sichert. Mit Blick auf den Entschluss der Deutschen Bahn, auf brachliegenden Flächen des ehemaligen Güterbahnhofs Westfaliastraße ein ICE-Instandhaltungswerk mit bis zu 500 Arbeitsplätzen zu errichten, aber auch vor dem Hintergrund des angekündigten ‚Multi Hub Westfalen‘, ist die Realisierung des Vollanschlusses für unseren Standort wichtiger denn je!“

Einsatz von Bodycams beim Kommunalen Ordnungsdienst



Foto: CDU-Ratsfraktion

Wir haben dafür gesorgt, dass der Kommunale Ordnungsdienst unserer Stadt künftig mit sog. Bodycams ausgestattet und die Ordnungskräfte im richtigen Einsatz des neuen technischen Hilfsmittels geschult werden. Wir sehen darin einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Sicherheit der Menschen, die für unsere Sicherheit Tag für Tag auf den Straßen Dortmunds auf Streife gehen. Eine durch den Landesgesetzgeber vorgenommene Ergänzung des Ordnungsbehördengesetzes NRW schafft dafür die rechtliche Grundlage. Bei der Polizei sind Bodycams bereits flächendeckend im Einsatz.

Uwe Wallrabe, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund:

„Wir haben als Rat der Stadt Dortmund die Aufgabe, diejenigen, die für uns den Kopf halten und in unserem Interesse Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt gewährleisten, bestmöglich zu schützen und bestmöglich auszustatten. Wir sind überzeugt, dass Bodycams helfen, den Streifendienst sicherer zu machen. Bodycams wirken abschreckend, deeskalierend und dienen Beweissicherungszwecken. Die reine Möglichkeit, Übergriffe zur Not per Knopfdruck aufzeichnen und dokumentieren zu können, wirkt abschreckend. Bodycams können kritische Situationen, die zu eskalieren drohen, entschärfen. Dabei ist die Anschaffung der Bodycams nicht nur Ausdruck einer verantwortungsvollen kommunalen Ordnungspolitik, sondern auch der Wertschätzung für die Tätigkeit unserer kommunalen Ordnungskräfte. Die kommunalen Ordnungskräfte sind eine unverzichtbare Säule der Ordnungs- und Sicherheitspolitik in unserer Stadt.“

Natur unter Stress: Waldkonzept und 25.000 Zukunftsbäume

Unser Stadtwald ist ein wertvoller Tausendsassa, der für Mensch, Tier, Klima und Umwelt eine Vielzahl von Funktionen erfüllt. Doch das Ökosystem Wald steht akut unter Stress. Hitze, Trockenheit, Krankheiten und die besonderen Gegebenheiten im großstädtischen Raum setzen ihm zu. Deshalb wollen wir erreichen, dass in einem breit angelegten Beteiligungsprozess im Zusammenwirken von Politik, Experten, Naturschutzverbänden und anderen Akteuren mit Bezug zum Wald ein ganzheitliches, ökologisches Waldkonzept erarbeitet wird. Ziel ist es, die Vitalität, Stabilität und Klimaresilienz des Dortmunder Stadtwaldes nachhaltig zu stärken.

Uwe Waßmann, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, erläutert die Zielsetzung: „Wenn wir den Dortmunder Stadtwald in seinen vielfältigen Funktionen erhalten möchten, müssen wir unseren Wald angesichts der spürbaren klimatischen Veränderungen ein Stück weit neu denken und behutsam umbauen. Dafür brauchen wir das von uns gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Linke+ geforderte umfassende Waldkonzept, das von allen am Thema Beteiligten – Verbände, Politik, Verwaltung – gemeinsam entwickelt und anschließend auch von allen in der Umsetzung getragen wird. Wir legen Wert darauf, auf verfügbares Expertenwissen zurückzugreifen, und möchten deshalb

zum Beispiel den Landesbetrieb Wald und Holz eingebunden wissen.

Wir sehen die Hauptaufgaben des Waldkonzepts darin,

1. auch für kommende Generationen einen vitalen, stabilen und resilienten Stadtwald zu erhalten und auszubauen.
2. den Wald in seiner unersetzlichen Rolle für unser Stadtklima, u. a. als Luftfilter, als Wasser- und CO₂-Speicher zu stärken.“

Wir erwarten, dass dem Konzept der Brückenschlag zwischen den verschiedenen Funktionen des Waldes gelingt. Da wir uns im großstädtischen Raum bewegen, gilt das insbesondere auch für die Funktion des Waldes als Naherholungsgebiet und Ort der Freizeitbetätigung. Auch dafür muss ausreichend Raum im Waldkonzept vorgesehen sein. Die unterschiedlichen Waldfunktionen - Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion – müssen im Waldkonzept miteinander in Einklang gebracht werden. Wenn es nach uns geht, soll das Waldkonzept Ende 2022 stehen.

25.000 Zukunftsbäume bis 2025

Darüber hinaus haben wir im Rahmen unserer Projektpartnerschaft mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Klima- und Umweltausschuss von der Verwaltung ein Konzept zur Pflanzung von jährlich 5.000 zusätzlichen sogenannten

„Zukunftsbäumen“ eingefordert. Ziel ist es, bis zum Jahr 2025 insgesamt rund 25.000 möglichst klima- und schädlingsresistente Bäume zu pflanzen, bevorzugt im Straßenbereich. Zur Finanzierung des Baumpflanzprogrammes könnte möglicherweise eine Spendenkampagne ins Leben gerufen oder Mittel aus dem von uns geforderten DortmundFonds eingesetzt werden.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Beschleunigung von Straßenbaumaßnahmen: Schichtbetrieb soll erprobt werden



Foto: CDU-Ratsfraktion

Weniger Staus, weniger Stress und weniger Lärm. — Um das bei den Baustellen auf den Dortmunder Straßen zu erreichen, haben wir uns im zuständigen Ausschuss für Mobili-

tät, Infrastruktur, Grün (AMIG) erfolgreich für ein Pilotprojekt zur Durchführung von Straßenbaustellen im Schichtbetrieb eingesetzt. Wer kennt die Situation nicht: Eine

Baustelle auf einer wichtigen Verbindungsstraße unserer Stadt zieht sich über Wochen hin und sorgt für Stau und Stress bei allen Verkehrsteilnehmern, schafft möglicherweise

Gefahrenquellen und stellt nicht zuletzt die Anwohnerschaft vor eine harte Probe. In einer Großstadt wie Dortmund kommt es dauernd zu notwendigen und wichtigen Bauarbeiten im Straßenbereich, schließlich haben wir alle ein Interesse an einer guten Infrastruktur. Wir haben uns jedoch die Frage gestellt, wie man diese notwendigen Arbeiten so gestalten kann, dass sie noch weniger die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer behindern. Eine Möglichkeit ist für uns das Arbeiten im Schichtbetrieb. Aus diesem Grund haben wir im gemeinsamen Vorgehen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Durchführung eines entsprechenden Pilotprojekts auf Dortmunds Straßen erreicht.

Hierzu unser Sprecher im AMIG Reinhard Frank: „Wir haben die Verwaltung beauftragt, in den nächsten zwei Jahren mindestens zwei Baumaßnahmen in Verbindungsstraßen mit Bauzeiten im Schichtbetrieb einzurichten. Dabei sollen auch Arbeitszeiten in der Nacht oder auch an Wochenenden zugelassen werden, um eine möglichst zeitnahe Fertigstellung der Baustelle zu ermöglichen. Selbstverständlich muss hierbei dann der Lärmschutzaspekt für die Anwohnerschaft beachtet werden.“

Die Zeit drängt: Maßnahmen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung



Foto: iStock.com/LuPa Creative

Dem Rat und seinen Fachausschüssen lagen die Ergebnisse der vom Rat beauftragten Konzepte „Handlungsprogramm Klima-Luft 2030“ und „Masterplan integrierte Klimaanpassung Dortmund (MiKaDo)“ vor. „Lösungen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung weiterzuentwickeln und mit geeigneten Maßnahmen voranzutreiben, sind zentrale Herausforderungen dieser Wahlperiode, an denen wir mit Hochdruck arbeiten“, betont der klimapolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Uwe Waßmann, und macht deutlich: „Dabei – und darin liegt eine der größten Herausforderungen – ist stets zu berücksichtigen, dass im Kontext ökologischer Fragen immer auch soziale und öko-

nomische Aspekte bedacht werden müssen, um niemanden zu überfordern.“

Während das Handlungsprogramm Klima-Luft 2030 Maßnahmen zur Erreichung der städtischen Klimaneutralität beinhaltet, geht es im Masterplan integrierte Klimaanpassung Dortmund um Handlungsempfehlungen für eine auf veränderte Klimabedingungen ausgerichtete Stadtentwicklung, die Wetterextremen wie Starkregen, Hitze, Sturm und Trockenheit Rechnung trägt. Die beiden Konzepte sollten in der Sitzung des Rates am 16.12.2021 zur Beschlussfassung anstehen und zuvor noch einmal gründlich in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden.

Als gemeinsames Ziel unserer Projektpartnerschaft mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben wir vereinbart, bereits 2035 die Klimaneutralität in Dortmund zu erreichen. „Uns ist klar, dass dies ein ehrgeiziges Ziel ist – aber es ist notwendig, um tatsächliche Erfolge beim Kampf gegen die Folgen des Klimawandels zu erreichen. Auf dieses Ziel hin muss das Handlungsprogramm Klima-Luft 2030 jetzt nochmal angepasst werden“, erklärt Waßmann und führt aus: „Unter anderem fordern wir,

- die im Handlungsprogramm Klima-Luft 2030 definierten Maßnahmen auf die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2035 auszurichten.
- ein Sofortprogramm vorzulegen, in dem möglichst kurzfristig umzusetzende Maßnahmen vorgeschlagen werden.
- den Umbau des Dienstleistungszentrum Energieeffizienz und Klimaschutz zur Kommunalen Klimaschutzagentur, deren Ziel es ist, die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in Unternehmen und Privathaushalten zu fördern.“

Auf kommunaler Ebene kann vieles bewegt werden. Immer mehr Städte haben sich jetzt zum Ziel gesetzt, schon vor 2050 klimaneutral zu sein. Auf diesen Weg soll sich jetzt auch Dortmund begeben. Neben den eigenen Anstrengungen braucht es insbesondere aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene.

Für mehr Sicherheit: Kreuzungen nach niederländischem Vorbild

Wir wollen den Radverkehr sicherer machen. An Kreuzungen kommt es immer wieder zu Rechtsabbiegeunfällen zwischen Autofahrern und Fahrradfahrern. Gerade vor dem Hintergrund, dass Dortmund eine fahrradfreundlichere Stadt werden soll, gehört es zur obersten Priorität, den Straßenverkehr für alle Teilnehmer sicherer zu gestalten. Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in dem für Verkehrsfragen zuständigen Ausschuss des Rates den erfolgreichen Vorstoß gemacht, dass in Dortmund an zwei geeigneten Stellen Kreuzungen bzw. Kreisverkehre nach dem sogenannten „Niederländischen Modell“ gebaut werden sollen. Der Name leitet sich von der großen Verbreitung dieses Kreuzungstyps bei unseren westlichen Nachbarn ab. Reinhard Frank, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion erläutert den Ansatz: „Der Grundgedanke beim niederländischen Modell ist eigentlich ganz einfach. Der Radverkehr wird vom restlichen Straßenverkehr durch kleine Verkehrsinseln an allen vier Ecken der Kreuzung getrennt. Dadurch soll verhindert werden, dass Radfahrer in den toten Winkel von rechts abbiegenden Autos geraten und so übersehen werden.“

Bei unseren Überlegungen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr haben wir auch die städtische Haushaltslage im Blick. Aus diesem Grund soll die Erprobung des neuen Modells an zwei ohnehin derzeit in der Neuplanung befindlichen Kreuzungen stattfinden. Hierzu fordern wir von der Verwaltung in unserem Antrag konkrete Vorschläge und hoffen, dass diese zeitnah vorliegen.

Lösung für den Weg an den Westfalenhallen: Neue Rampe für Fußgänger und Radfahrer

Die Wegesituation zwischen den Hallen 3 und 4 der Westfalenhallen war in den zurückliegenden Monaten ein vieldiskutiertes Thema, so auch im Rat der Stadt Dortmund. Hintergrund ist, dass der derzeitige Verbindungsweg zwischen Strobelallee und Messevorplatz über das Gelände der Westfalenhallen durch den

sogenannten Logistikbereich führt. Gerade bei entsprechenden Veranstaltungen werden in diesem Bereich – der ausdrücklich Betriebsgelände der Westfalenhallen Unternehmensgruppe GmbH ist – die Hallen beliefert und es kommt zu einem regen Lkw-Verkehr. „Das macht die Situation für Fußgänger und Radfahrer natürlich

sehr gefährlich“, stellt Sascha Mader, Sprecher der CDU-Fraktion im zuständigen Ausschuss für städtische Beteiligungen, fest und erläutert die Position der CDU-Fraktion: „Für uns ist ganz klar: Die Sicherheit aller Beteiligten steht an erster Stelle! Deshalb haben wir im Rat nach intensiver fraktionsinterner Beratung dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, wonach der bei Radfahrern und Fußgängern beliebte Weg über das Betriebsgelände der Westfalenhallen grundsätzlich offen bleibt, es künftig aber möglich sein soll, den Durchgang vorübergehend immer dann zu schließen, wenn Anlieferungsverkehr für Veranstaltungen stattfindet. An BVB-Spieltagen ist die Nutzung des Durchgangs zu gewährleisten.“

Neue Rampe

Der Ratsbeschluss schafft nach unserem Dafürhalten den Ausgleich der gegenläufigen Interessen. „Und in der Zukunft“, so Mader weiter, „wird sich Radfahrern und Fußgängern ein komfortabler Alternativweg anbieten und zur endgültigen Lösung des Konflikts beitragen: Mittelfristig, so haben wir es im Rat beschlossen, soll eine neue Fuß- und Radwegrampe vom nördlichen Eingangsbereich der Westfalenhallen zu den Rosenterrassen um das Betriebsgelände der Westfalenhallen herumführen. Wir sind überzeugt, dass diese Wegverbindung eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Fuß- und Radwegenetzes darstellt und sicherlich gut angenommen werden wird.“



Foto: CDU-Ratsfraktion

Studijobs bei der Stadt Dortmund



Foto: CDU-Ratsfraktion

Positiv begleitet haben wir das von der Personalverwaltung vorgelegte Konzept für „Studijobs bei der Stadt Dortmund“. Zunächst sind 20 Werkstudentenjobs vorgesehen. Lars Vogeler, personalpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Wir sehen darin für beide Seiten einen Gewinn: Für die Studierenden bietet sich die Gelegenheit, in die verschiedensten Berufsfelder viel vertiefter als im Rahmen eines Praktikums hineinzuschauen und wertvolle Praxiserfahrung zu sammeln. All dies verbunden mit der möglichen Perspektive, über diesen Weg den späteren Berufseinstieg zu finden. Für die Stadt sind die Studijobs ein vielversprechendes Instrument der Nachwuchsgewinnung. Und diese hat höchste Priorität, da in den nächsten 15 Jahren etwa 40% des aktuellen Personals altersbedingt aus den Diensten der Stadt Dortmund ausscheiden werden, darunter zwei Drittel aller heutigen Führungskräfte.“

Kulturschule: Schule als Ort der Talentförderung

Wir wollen jungen talentierten KünstlerInnen und technisch wie handwerklich begabten jungen Menschen bereits in der Schule den Raum geben, sich im Bereich von Kunst und Kultur weiterzuentwickeln. Eine Sportschule gibt es mit dem Goethe-Gymnasium in Dortmund. Warum dieses Erfolgsmodell nicht auf begabten Kreativnachwuchs für Kunst und Kultur übertragen? Dazu äußern sich die Sprecherinnen der CDU-Fraktion im Kulturausschuss, Ute Mais, und Schulausschuss, Dr. Eva-Maria Goll: „Analog zu den NRW-Sportschulen, die Sporttalenten einen idealen Rahmen für die Vereinbarkeit von schulischer Laufbahn und Leistungssport bieten, verfolgen wir die Idee, begabten Nachwuchs in einer besonders ausgerichteten „Kulturschule“ sowohl schulisch als auch auf künstlerischem Gebiet bestmöglich zu fördern. Die Voraussetzungen sind in unserer Stadt mit Einrichtungen wie beispielsweise dem Theater Dortmund, der künftigen Jungen Bühne, dem Konzerthaus, der Chorakademie, dem Orchesterzentrum oder der Akademie für Theater und Digitalität gegeben. Wir wünschen uns, dass die Idee einer Kulturschule konkrete Formen annimmt. Wir werden unser Ziel in den zuständigen Ausschüssen des Rates für Kultur und Schule konsequent verfolgen.“

Mehr politische Teilhabe für Kinder und Jugendliche

„Gebt den Kindern das Kommando“ heißt es im Grönemeyer-Song „Kinder an die Macht“. — Ganz so weit wollen wir nicht gehen, aber abgewandelt lautet unser Ziel: „Gebt Kindern und Jugendlichen eine Stimme!“. Eine Stimme, ihre Anliegen in eigenen Gremien zu vertreten, eine Stimme sich in unsere Gesellschaft mit eigenen Ideen selbstbewusst einzubringen. Diesem Ziel kommen wir nun näher!

Zur Stärkung der politischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen haben wir im Kinder- und Jugendausschuss eine fraktionsübergreifende Ini-

tiative mit auf den Weg gebracht: Die Verwaltung ist damit beauftragt, ein ganzheitliches Konzept zur politischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln, ihnen Raum und Möglichkeiten zu bieten, demokratische Prozesse und Beteiligung zu leben und zu erfahren. Orientiert an den politischen Entscheidungsstrukturen in unserer Stadt (Rat und Bezirksvertretungen) und sinnvoll mit ihnen verknüpft.

Christian Barrenbrügge, Sprecher der CDU-Fraktion im Kinder- und Jugendausschuss: „Die zu entwickelnden Beteiligungsformate sollen

interessant, lebendig und von Dauer sein und mit den notwendigen personellen, sachlichen und finanziellen Mitteln ausgestattet sein. Kinder und Jugendliche sollen etwas zu entscheiden haben. Damit erfüllt sich unsere Forderung aus dem Kommunalwahlkampf, die Jugendforen neu zu strukturieren. Beispiele anderer Städte mit Kinder- und Jugendräten/-konferenzen oder -parlamenten, wie auch immer man das Beteiligungsformat nennen möchte, könnten als Vorbild dienen. Wir wollen das Engagement junger Menschen fördern, wir möchten sie für Politik und Demokratie begeistern!“

Sirenenwarnsystem als Baustein unserer Sicherheit

Auf unsere ungeteilte Zustimmung trifft der Beschluss des Rates, das komplette Stadtgebiet sukzessive mit einem flächendeckenden System zur Warnung der Bevölkerung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen auszustatten. Uwe Wallrabe, Sprecher der CDU-Fraktion im zuständigen Ausschuss für

öffentliche Ordnung: „Die Flutkatastrophe im Juni dieses Jahres hat gezeigt, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, in Notsituationen rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um sich und ihr Hab und Gut zu schützen. Die seinerzeit deinstallierten Sirenen könnten heute aufgrund ihres analogen Anschlusses

nicht mehr mit der heutigen Technik betrieben werden. Daher ist der jetzige Ausbau bzw. Wiederaufbau von Sirenen ein wichtiger Bestandteil des Katastrophenschutzes in unserer Stadt und ein Baustein unserer Sicherheitsarchitektur.“

Haushalt 2022: Projektpartnerschaft hat Zukunftsthemen im Blick

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU gehen mit einem gemeinsamen Antragspaket aus 71 Einzelpunkten in die abschließenden Beratungen des städtischen Haushalts für das Jahr 2022.

Nach der Kommunalwahl im vergangenen Jahr ist in die Politik unserer Stadt ein neuer Geist eingezogen. Katalysator der Entwicklung ist unsere erfolgreiche Projektpartnerschaft mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Projektpartnerschaft hat den Weg zu neuen, wechselnden Mehrheiten geebnet. Die Projektpartnerschaft konnte in den Zukunftsthemen unserer Stadt, wie Klimaschutz und Klimaanpassung, moderne Mobilität, bezahlbarer Wohnraum für alle, Digitalisierung, Schul- und Kitabau bereits neue Akzente setzen.

Dr. Jendrik Suck, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund:

„Angesichts dessen war es nur konsequent, mit gemeinsamen Anträgen in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2022 zu gehen, um die Stadtpolitik des nächsten Jahres nach unseren gemeinsamen Vorstellungen auszurichten!“

Wir wollen die nachhaltige und klimagerechte Entwicklung unserer Stadt vorantreiben. So möchten wir zum Beispiel das sog. Schwammstadt-Prinzip in Dortmund realisieren. Ziel der Schwammstadt ist es, Niederschlagswasser dort zu speichern, wo es fällt. Für erste Maßnahmen zum Umbau Dortmunds zur Schwammstadt stellen wir 2 Mio. Euro zur Entsiegelung von Flächen und dem damit verbundenen Schutz vor Wetterextremen zur Verfügung.

Wir möchten bezahlbaren Wohnraum sichern und fordern, dass der Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen an bestehenden Wohnungen geprüft wird. Für neuen Wohnraum ohne Flächenfraß möchten wir den Dachgeschossausbau erleichtern und fördern.

Farbige Radwege sollen für mehr Sicherheit im Radverkehr sorgen und Radfahrende besser schützen. Wir möchten den ÖPNV stärken und den Innenstadtverkehr mit einer neuen Ringbuslinie um die City entlasten.

Aufkommende Angstgefühle in manchen Bereichen unserer City möchten wir mit einem Aktionsplan ‚Angsträume City‘ begegnen. Gleiches gilt für die Stadtbezirke, denen wir die Umsetzung von Angstraumprojekten ermöglichen.

Wir möchten Familien und Alleinerziehende stärken und setzen uns für die Einführung einer Familienkarte nach dem Beispiel anderer Städte ein. Für mehr Kinder als bislang soll der Besuch einer Kita, der Kindertagespflege oder des offenen Ganztages beitragsfrei sein.

Mit unserer Forderung nach einem Museumsentwicklungsplan und dem Einstieg in ein Haus der Dortmunder Geschichte nehmen wir die Kultur in den Blick.

Insgesamt 71 Einzelpunkte umfasst das gemeinsame Haushaltspaket von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Damit setzen wir in den Haushaltsberatungen ein starkes Zeichen unserer erfolgreichen Projektpartnerschaft!“

Über ausgeglichene Haushalte in den Schuldenabbau zu kommen, die Selbstbestimmung und Eigenständigkeit unserer Stadt wahren, kommunale Gestaltungsspielräume erweitern und die Investitionskraft unserer Stadt stärken. — Für all das steht unsere Haushaltspolitik!

Sascha Mader, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion:

„Wir haben bewiesen, dass dies nicht nur eine leere, vielversprechende Programmfloskel ist: Mit dem von uns angestoßenen und von allen Beteiligten mit viel Haushaltsdisziplin so erfolgreich umgesetzten Zukunftspakt ‚Die Stadt zuerst‘, haben wir in den letzten Jahren einen immens wichtigen Beitrag zu den zuletzt immer mit einem positiven Jahresergebnis abschließenden städtischen Haushalten geliefert. Zwischenzeitlich konnten sogar die Kreditverbindlichkeiten zurückgeführt werden. Ohne die Bürgerschaft in irgendeiner Form zu belasten. Wir haben nicht an der Steuerschraube gedreht.“

Die Corona-Pandemie und die aus ihr resultierenden finanziellen Belastungen, die für die Stadt Dortmund bis 2024 auf rund 381 Mio. Euro beziffert werden, machen den Weg zwar steinig. Wir werden das Ziel ausgeglichener Haushalte aber nicht aus den Augen verlieren. Wir werden dafür sorgen, dass wir die Zukunftsherausforderungen, wie Klimaschutz und Klimaanpassung, moderne Mobilität, bezahlbarer Wohnraum für alle, Digitalisierung, Schul- und Kitabau meistern.“

Hier eine kleine Auswahl unserer Haushaltsbegleitanträge:

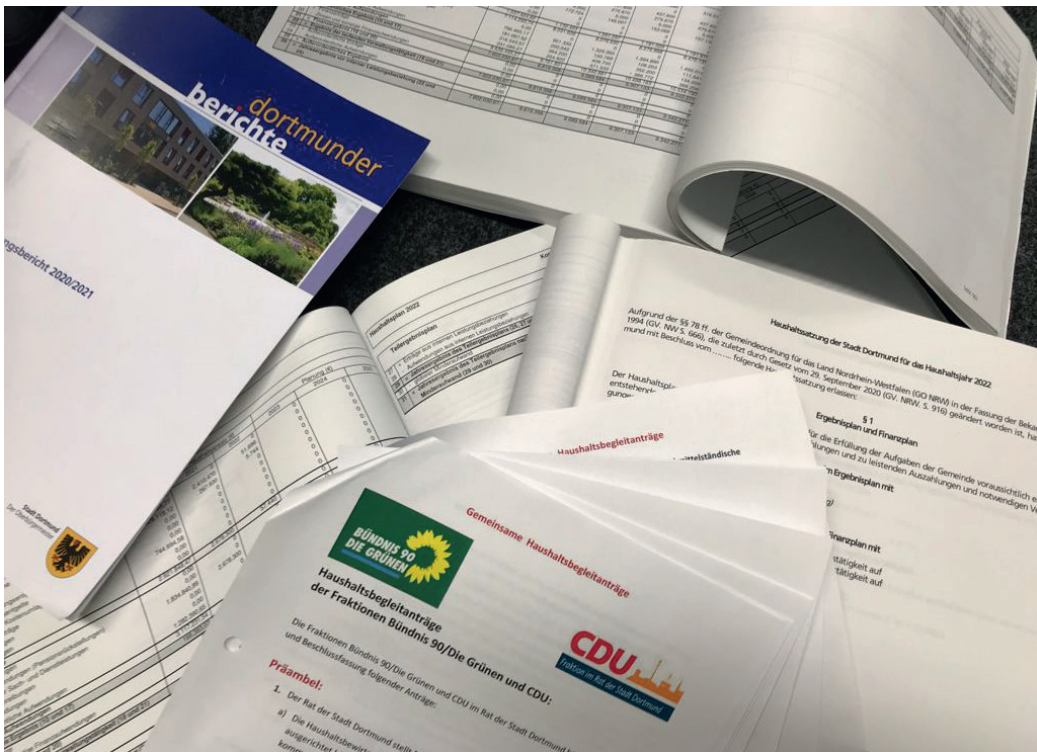


Foto: CDU-Ratsfraktion

Ressourcen der Stadt Fördermittelmanagement optimieren, kein Geld verschenken

Ein Großteil kommunaler Maßnahmen ist förderfähig mithilfe von Mitteln der EU, des Bundes und des Landes NRW. Die Förderdatenbank weist allein für NRW aktuell rund 200 Förderprogramme aus. Aufgabe der Verwaltung ist es, passende Förderprogramme für Projekte zu identifizieren. Antragsverfahren sind komplex, stellen hohe Anforderungen und sind an Fristen gebunden. Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat der Stadt Dortmund die Verwaltung, im ersten Quartal 2022 ein ganzheitliches Konzept für ein stadtweites, zentrales Fördermittelmanagement vorzulegen, das dazu beiträgt,

- passende Zuschussprogramme zu ermitteln, zu beantragen und zu koordinieren,
- andere Fachbereiche von administrativen Aufgaben zu entlasten,
- das Fördermittelcontrolling zu verbessern,
- Projekte effizienter umzusetzen.

Werterhalt des städtischen Immobilienbestandes

Die regelmäßige Unterhaltung der städtischen Immobilien erhält deren Wert, gewährleistet dauerhaft ihre Funktionalität und reduziert das Risiko einer teuren späteren Komplettanierung.

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung, zukünftig in Höhe der jährlichen Abschreibungen in den Erhalt des städtischen Immobilienbestandes zu investieren. Entsprechende Mittel sind ab dem Haushaltsjahr 2022 vorzusehen.

Verwaltung Attraktive Arbeitgeberin Stadt Dortmund: Fahrradleasing für Beschäftigte

Zum 1. März 2021 ist der „Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung zum Zwecke des Leasings von Fahrrädern im kommunalen öffentlichen Dienst (TV-Fahrradleasing)“ in Kraft getreten.

Der Rat der Stadt Dortmund fordert die Verwaltung auf, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten den Mitarbeitenden der Verwaltung ein Angebot zur Entgeltumwandlung zum Zwecke des Fahrradleasing (Fahrräder, E-Bikes, Pedelecs) zu unterbreiten. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob zusätzlich eine Möglichkeit besteht, das Fahrradleasing zu bezuschussen oder einen Vertrag zur Kooperation mit metropolradruhr abzuschließen. Das Ergebnis der Prüfung ist den Ausschüssen für Personal, Organisation und Digitalisierung (APOD) sowie für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) vorzulegen.

Klima und Umwelt Schwammstadt Dortmund

Nicht zuletzt die Starkregenereignisse dieses Jahres haben noch einmal die Notwendigkeit aufgezeigt, die nachhaltige und klimagerechte Entwicklung unserer Stadt voranzutreiben. Ein Baustein ist das sogenannte „Schwammstadt-Konzept (sponge city)“. Ziel der Schwammstadt ist es, Niederschlagswasser dort zu speichern, wo es fällt. Diese Form der Regenwasserbewirtschaftung kommt aber nicht nur dem Hochwasserschutz zugute, sondern führt vielmehr zugleich auch zur nachhaltigen Verbesserung des Mikroklimas, indem das aufgenommene und gespeicherte Regenwasser bei Trockenheit

mittel des Landes, Bundes oder der EU aus Programmen für Maßnahmen zur Klimaanpassung bereitsteht.

Wohnen

Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen an bestehenden Wohnungen

Zur Sicherung bezahlbaren, für alle Menschen erschwinglichen Wohnraums hat die nordrhein-westfälische Landesregierung im Rahmen eines Modellprojekts ein Förderprogramm zum Erwerb von Mietpreis- und Belegungsbindungen für die Städte Köln, Düsseldorf, Bonn und Münster auf den Weg gebracht. Das Programm zielt darauf, dass Menschen mit Mietwohnungseigentum gegen einen Zuschuss eine Mietpreisbindung über die vereinbarte Laufzeit akzeptieren. Dem „Kommunalen Wohnkonzept Dortmund 2021“ (Drucksache Nr.: 21690-21) ist zu entnehmen, dass die Verwaltung den Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen nicht für einen zielführenden und ökonomisch sinnvollen Weg hält.

Die Verwaltung wird gebeten, den Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen vor dem Hintergrund einer möglichen Ausweitung des diesbezüglichen Förderprogrammes des Landes neu zu bewerten. Den zuständigen politischen Gremien ist das Prüfungsergebnis im ersten Quartal 2022 unter ausführlicher Darlegung des Für und Wider des Ankaufs von Mietpreis- und Belegungsbindungen zur Beratung vorzulegen.

Förderung neuen Wohnraums

Damit sich die Lage auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt nicht weiter anspannt und Wohnraum bezahlbar bleibt, muss Entstehung neuen Wohnraums gefördert werden. Zur Vermeidung weiteren „Flächenfraßes“ liegt ein großes Potenzial im Ausbau von Dachgeschossen.



Foto: iStock.com/Brasil2

Die Verwaltung wird damit beauftragt, zur Schaffung neuen Wohnraums die Möglichkeiten einer kommunalen Förderung des Dachgeschossausbaus zu prüfen. Zu betrachten sind die Möglichkeiten

- bauordnungs- und planungsrechtlicher Erleichterungen und
- finanzieller Anreize für den Ausbau ungenutzter Dachräume (Zuschüsse, Förderdarlehen, etc.)

Das Ergebnis ist den zuständigen Gremien im 1. Quartal 2022 vorzustellen.

Mobilität Mehr Sicherheit für den Radverkehr

a. Beleuchtung von Radwegen

Das in 2022 entstehende Teilstück des Bananenradwegs, die Verlängerung des Geh- und Radweges zwischen Klönnestraße und Weißenburger Straße, soll mit einer emissionsarmen und mitlaufenden LED-Beleuchtung, entsprechend dem angepassten Beleuchtungskonzept der Stadt Dortmund, ausgestattet werden. Dafür werden im Haushalt 2022 zusätzlich 200.000 Euro zur Verfügung gestellt

b. Farbige Fahrradwege

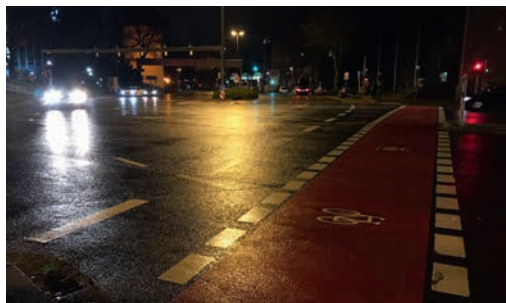


Foto: CDU-Ratsfraktion

Dortmund soll Fahrradstadt werden. So hat es der Rat im Dezember 2019 beschlossen (Drucksache Nr. 15619-19). Grundvoraussetzung für dieses Ziel ist ein Radwegeangebot, das den Radfahrenden das Gefühl der Sicherheit vermittelt. Fahrradwege aus farbigem Asphalt können diesbezüglich einen wichtigen Beitrag leisten und sind vor allen Dingen verhältnismäßig schnell realisierbar. Farbe unterstützt optisch den Verkehrsraum für Radfahrende, Farbe schafft für alle Orientierung, Farbe hat Signalwirkung an Gefahrenstellen. Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung

mit einem im ersten Quartal 2022 vorzulegenden Arbeitsprogramm zur farblichen Asphaltierung ausgewiesener Fahrradwege. Zur Erhöhung der Sicherheit der Radwege ist zu prüfen, ob der Einsatz unterschiedlicher Farben sinnvoll ist. Zur kurzfristigen Umsetzung von Farbmarkierungen werden aus dem Haushalt des Tiefbauamtes 200.000 Euro bereitgestellt. Fördermöglichkeiten sind zu prüfen.

Schlaglochpisten dauerhaft beseitigen

Die bloße Schlaglochausbesserung mit Kaltasphalt ist zwar geeignet, schnell Abhilfe zu schaffen, stellt aber keine dauerhafte Lösung der Schlaglochproblematik in einer Straße dar. Ein erneutes Aufbrechen ist vorprogrammiert. Oftmals sind nur einzelne Straßenabschnitte betroffen, nicht aber der gesamte Straßenverlauf. Um die Lebensdauer einer Straße nachhaltig zu verlängern, bietet sich bei der Straßeninstandsetzung ein Mittelweg zwischen der provisorischen, punktuellen Verfüllung von Schlaglöchern und einer Komplettsanierung als Ultima Ratio an: Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Schlaglochanierung zukünftig verstärkt auf das Instrument der partiellen, auf beschädigte Straßenabschnitte begrenzten Oberflächenbehandlung zu setzen und die dafür erforderlichen Mittel aus dem Haushalt des Tiefbauamtes bereitzustellen.

ÖPNV weiterentwickeln: Ringbus „Innovations-Linie 400“

Ziel ist es, den Anteil von Bus und Bahn am lokalen Verkehrsaufkommen (Modal-Split) zu erhöhen. Sollen die Menschen dazu bewegt werden, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen, muss das Leistungsangebot im ÖPNV in Bezug auf Qualität, Infrastruktur, Barrierefreiheit und Linienangebot weiterentwickelt und ausgebaut werden. Dazu gehört auch ein verbessertes Busangebot in der Innenstadt, um diese vom Verkehr zu entlasten, ohne die Erreichbarkeit der City einzuschränken oder zu erschweren.

Der Rat fordert die Verwaltung und DSW₂₁ auf, die beabsichtigte „Innovations-Linie 400“ zeitnah unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten zu realisieren. Mittel für den notwendigen Ausbau der Haltestellen sind im städtischen Haushalt vorzusehen.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Die geplante Ring-Buslinie, die auf Elektromobilität und Digitalität setzt, soll in enger Taktung um die Innenstadt herum in den Stadtbezirk Hörde führen und auf ihrem Weg wichtige Haltestellen des Stadtbahnnetzes anfahren und so attraktive Querverbindungen schaffen, was ein wichtiger Beitrag zu einer spürbaren Entlastung der Verkehrsachsen in der City sein kann. Zu berücksichtigen sind die Anforderungen an einen ausgedehnten und gut getakteten Abendverkehr, um Menschen, die die innerstädtischen Kultur- und Gastroangebote besuchen, eine sichere Heimfahrt mit dem ÖPNV zu ermöglichen.

Sicherheit Aktionsplan „Angsträume City“

Losgelöst von der tatsächlichen Sicherheitslage gibt es im gesamten Stadtgebiet eine Vielzahl von Orten, die als Angsträume wahrgenommen werden. Beleg dafür ist das von der Verwaltung im Auftrag der Politik vorgelegte „Beleuchtungskataster“, das auf der Grundlage der in den Bezirksvertretungen benannten Angsträume erstellt wurde (Drucksache Nr.: 21518-21). 68 Angstraumprojekte werden dort mit einem erforderlichen Gesamtfinanzvolumen von 3,3 Mio. Euro aufgeführt. Dem Tiefbauamt stehen für diese „Angstraumprojekte“ keine gesonderten Finanzmittel zur Verfügung, sodass immer auf Bezirksvertretungsmittel zurückgegriffen werden muss (vgl. Drucksache Nr.: 21518-21).

- a. Besonders ist die Situation in der Dortmunder City. Die Dortmunder City ist Mittel- und Anziehungspunkt unserer Stadt. Sie steht aktuell vor der Herausforderung, sich zukunftsfähig als Handels-, Erlebnis- und Freizeitraum weiterzuentwickeln und auch wieder zu einem Ort des Wohnens zu werden. Dies setzt aber voraus, dass sich die Menschen in der City sicher fühlen, zu jeder Tageszeit!



Foto: CDU-Ratsfraktion

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat der Stadt Dortmund die Verwaltung, kurzfristig einen Aktionsplan „Angstraumprojekt City“ für Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls in der Dortmunder City zu entwickeln. Dabei sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

- Übernahme geeigneter Mitarbeitender der Task-Force Corona zur personellen Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)
- Sicherheit nach dem Besuch kultureller Veranstaltungen
- Stärkung des Sicherheitsgefühls im Stadtgarten

Die Ergebnisse sind dem Rat der Stadt Dortmund im ersten Quartal 2022 vorzulegen. Im Haushalt 2022 werden zur Umsetzung erster Maßnahmen 200.000 Euro bereitgestellt.

- b. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt, dem Tiefbauamt ab dem Haushaltsjahr 2022 für die kommenden vier Haushaltsjahre jährlich 300.000 Euro zur sukzessiven Umsetzung der von den Bezirksvertretungen identifizierten Angstraumprojekte zur Verfügung zu stellen.

Stadtbild verbessern Gestaltung von Stromkästen



Foto: CDU-Ratsfraktion

Illegale Schmierereien an Stromkästen im ganzen Stadtgebiet sorgen für ein unsauberes Stadtbild. Der Rat der Stadt Dortmund beschließt, gemeinsam mit der DEW₂₁ die Stromkästen im Stadtgebiet künstlerisch zu gestalten – sofern dies noch nicht geschehen ist. Die Bezirksvertretungen sollen zur Auswahl der Motive nach Möglichkeit einen Kunstwettbewerb in den ortsansässigen Schulen initiieren. Für die Umsetzung stellt der Rat der Stadt Dortmund jeder Bezirksvertretung im Haushaltsjahr 2022 einen Betrag von 10.000 Euro zur Verfügung.

Ermittlungsdienst Abfall

Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung am 14. November 2019 die Durchführung des zweijährigen Pilotprojekts „Ermittlungsdienst Abfall“ zur Verbesserung der Stadtsauberkeit auf den Weg gebracht (Drucksache Nr.: 15436-19). Das Zwischenfazit der Verwaltung (Drucksache Nr.: 20864-21-E1) fällt überaus positiv aus.

Vor diesem Hintergrund beauftragt der Rat der Stadt Dortmund die Verwaltung, gemeinsam mit der EDG Entsorgung Dortmund GmbH das Projekt „Ermittlungsdienst Abfall“ über die Pilotphase hinaus fortzusetzen und personell um jeweils 8 Stellen aufzustocken. Der Rat der Stadt Dortmund stellt die dazu erforderlichen personellen und sächlichen Mittel zur Verfügung. Es ist zu prüfen, ob die neu einzurichtenden Stellen im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen des Jobcenters besetzt werden können.

Soziales und Gesellschaft Unterstützung der Beratungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung

Der Verein Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Dortmund e.V. bietet seit mehr als 20 Jahren Beratung für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen an. Seit April 2017 bietet die Lebenshilfe ein spezielles Beratungsangebot für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung an. Die Beratungsstelle beschäftigt zwei Mitarbeitende mit jeweils einer 0,5 Stelle. Zum 31.12.2021 läuft die städtische Zuschussförderung von aktuell 48.000 Euro jährlich aus.

Zur Aufrechterhaltung des Beratungsangebotes für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung beschließt der Rat der Stadt Dortmund dem Verein Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Dortmund in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 einen Personalkostenzuschuss von jährlich 50.000 Euro zu gewähren.

Familienstadt Dortmund: Konzeptentwicklung „Familienkarte“

Immer mehr Familien/Alleinerziehende mit Kindern haben immer weniger Geld zur Verfügung. Steigende Energiekosten auf der einen, eine stetig wachsende Inflation auf der anderen Seite tragen dazu bei, dass den Bedarfen von Kindern an sportlichen, musischen oder kulturellen Aktivitäten aus finanziellen Gründen oftmals nicht entsprochen werden kann. Städte wie Düsseldorf, Mönchengladbach oder Duisburg haben es vor gemacht: Dort erhalten Familien / Erziehungsberechtigte mit minderjährigen Kindern und Wohnsitz in der Stadt Vergünstigungen oder kostenlose Dienstleistungen bei Unternehmen aus Wirtschaft, Handel, Gastronomie, Dienstleistenden, kommunalen Einrichtungen und auch Vereinen. Dortmund – eine Stadt mit fast 100.000 Kindern und Jugendlichen im Alter von 0-18 sollte hier ebenfalls als Vorbildkommune agieren und die Einführung einer „Familienkarte“ prüfen und ggfs. umsetzen.

Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Einführung einer „Familienkarte“ für Familien/Alleinerziehende in Dortmund beauftragt. Das Ergebnis wird den politischen Gremien bis spätestens zum Ende des zweiten Quartals 2022 zur Entscheidung vorgelegt. Das Konzept soll darstellen, wie Familien durch finanzielle Vorteile und Vergünstigungen bei der Gestaltung von Freizeit eine Entlastung erfahren können. Zur Erarbeitung eines solchen Konzeptes kann auf das Know-how der Städte Düsseldorf, Mönchengladbach, Wesel oder Duisburg – um nur einige

zu nennen - zurückgegriffen werden, die bereits eine solche Familienkarte eingeführt haben.

Kinder und Jugend Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kitas, Kindertagespflege und OGS

Zur Entlastung von Familien und Alleinerziehenden mit niedrigem Einkommen werden in der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kitas, Kindertagespflege und OGS ab dem Kindergartenjahr 2022/23 Jahreseinkommen bis 30.000 Euro beitragsfrei gestellt. Durch die Anhebung der Beitragsfreiheitsgrenze werden zusätzlich ca. 1170 einkommensschwache Familien in Dortmund entlastet. Der Haushalt des Jugendamtes wird um die entsprechenden Einnahmeausfälle aufgestockt.

Kultur Zukunft der Dortmunder Museumslandschaft:

- a. Museumsentwicklungsplan



Foto: CDU-Ratsfraktion

Dortmund erfreut sich einer abwechslungsreichen und vielseitigen Museumslandschaft. Es existieren rund 30 private und öffentliche Museen. Sie bewahren, erforschen, deuten und vermitteln das kulturelle Erbe unserer Stadt. Der letzte Museumsentwicklungsplan der Stadt Dortmund stammt aus dem Jahr 2002. Nicht zuletzt angesichts des digitalen Wandels haben sich Aufgaben und Anforderung seither verändert.

Der Rat der Stadt Dortmund stellt

- für die Beauftragung der externen Erstellung eines Museumsentwicklungsplanes sowie
- für die Durchführung einer Umfrage unter der Bevölkerung unserer Stadt zu ihren Erwartungen an die Dortmunder Museen

im Haushaltsjahr 2022 Haushaltsmittel in einer Gesamthöhe von 200.000 Euro zur Verfügung.

- b. Zentrales Sammlungsdepot

Unterschiedliche Gründe, von der Sammlungserweiterung bis hin zur Museumsmodernisierung, stellen die städtischen Museen vor die Herausforderung, Sammlungen und Exponate fachgerecht aufzubewahren. Die einzelnen Museen stoßen dabei an Grenzen. Die Lösung bietet ein zentrales Sammlungsdepot.

Die Verwaltung wird aufgefordert, den zuständigen politischen Gremien bis zum Ende des ersten Quartals 2022 ein mit konkreten Standortvorschlägen verbundenes Konzept für ein zentrales Sammlungsdepot vorzulegen.

- c. Einrichtung eines „Hauses der Dortmunder Geschichte“

Der Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit hat in seiner Sitzung am 1.6.2021 die Prüfung der Einrichtung eines eigenen „Hauses der Dortmunder Geschichte“ beschlossen. Inzwischen liegt eine positive Stellungnahme der Verwaltung vor (Drucksache Nr.: 21553-21-E3).

Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat der Stadt Dortmund

- für die Planung und Vorbereitung des „Hauses der Dortmunder Geschichte“ die Einrichtung von zwei auf drei Jahre befristeten Planstellen, die möglichst im Wege der internen Stellenumschichtung einzurichten sind.

- den Prüfauftrag an die Verwaltung, ob für einen zeitnahen Einstieg in das „Haus der Dortmunder Geschichte“ mit der Nachkriegsgeschichte ab 1945 möglicherweise Flächen am ehemaligen VHS-Standort „Löwenhof“ in der Hansastrasse nutzbar gemacht werden können.

Junge Bühne Westfalen

Fast 20 Jahre alt ist inzwischen die Idee der Realisierung einer „Jungen Bühne Westfalen“ mit den Sparten Kinder- und Jugendtheater, Junge Oper und Jugendballett im unmittelbaren Anschluss an den Standort des Schauspielhauses.

Der Rat der Stadt Dortmund erwartet, dass die Verwaltung die Planungen für die Junge Bühne Westfalens gemäß den hierzu gefassten Beschlüssen des Rates entschlossen vorantreibt und umsetzt, damit die Politik einen Baubeschluss treffen kann und das „Bühnenviertel am Wall“ endlich Gestalt annimmt.

Grün- und Parkanlagen als Spielorte von Theater und Konzerten

Dortmund verfügt über eine Vielzahl von Orten im Freien außerhalb der festen Mauern von Schauspiel- und Konzerthaus, die sich als mögliche Spielorte für Konzert und Theater anbieten. In den Sommermonaten könnte an Spielorten, wie zum Beispiel der Seebühne oder dem Sonnensegel im Westfalenpark in Weiterentwicklung des Gedankens der Cityring-Konzerte ein neues attraktives Kulturfestival eigener

Art ins Leben gerufen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, im zweiten Quartal 2022 ein Konzept zur Erschließung und Bepielung von Spielorten für Theater und Konzerte in den Park- und Grünanlagen unserer Stadt vorzulegen.

Stärkung des digitalen Medienangebotes der Stadt- u. Landesbibliothek

Die Nutzung des digitalen Medienangebotes der Stadt- und Landesbibliothek erfreut sich stetig wachsender Ausleih- bzw. Zugriffszahlen. Die Entwicklung hat sich durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt. Der Medienetat der Stadt- und Landesbibliothek liegt laut Angaben der Deutschen Bibliotheksstatistik (Stand 2020) mit 1,56 Euro pro Einwohner unter dem bundesweiten Durchschnitt vergleichbarer Großstädte und soll auf 1,75 Euro angehoben werden.

Im digitalen Bereich werden überwiegend Lizenzen erworben, die an Laufzeiten gebunden und regelmäßig erneuert werden müssen. Anders als im physischen Bestand, der nach einmaliger Anschaffung in das Eigentum der Bibliothek übergeht. Die Gewährleistung eines attraktiven digitalen Angebotes stellt die Stadt- und Landesbibliothek demnach vor besondere Herausforderungen, zumal die Kosten digitaler Angebote im Vergleich zu konventionellen Medien häufig höher sind.

Zur Stärkung und dauerhaften Gewährleistung eines attraktiven digitalen Angebots beschließt der Rat der Stadt Dortmund, den Medienetat der Stadt- und Landesbibliothek ab dem Haushaltsjahr 2022 jährlich um 115.000 Euro zu erhöhen.

Sport Ausbildung für Übungsleitende fördern

Übungsleitende und Trainierende sind das Herzstück eines jeden Sportvereines. Für die Vereine wird es allerdings zunehmend schwerer, engagierte Personen für den Trainingsbetrieb zu gewinnen.

Zur Förderung der Ausbildung für Übungsleitende erhält der StadtSportBund Dortmund 30.000 Euro, um eine Kampagne auf den Weg zu bringen, die für die Ausbildung wirbt. Die Kampagne soll dem AKSF bis spätestens zum zweiten Quartal 2022 vorgestellt werden. Die Kampagne soll auf eine ausgewogene Beteiligung der Geschlechter achten. Der Rat der Stadt beschließt überdies, dem StadtSportBund für seine Mitgliedsvereine im Haushaltsjahr 2022 einmalig Mittel in einer Höhe von 200.000 Euro zur Übernahme der Kosten der Trainings-Ausbildung bis hin zur B-Lizenz zur Verfügung zu stellen. Sollten die Mittel innerhalb eines Jahres nicht komplett abgerufen werden, fließen diese zurück in den städtischen Haushalt. Die Stadt Dortmund gewährt dem StadtSportBund zur Umsetzung und Abwicklung der Übungsleiter-Kampagne einen Personalkostenzuschuss in Höhe von einmalig 40.000 Euro.

Schwimmförderung



Foto: iStock.com/cookelma

Durch die coronabedingte Schließung von Schwimm- und Hallenbädern hat sich der große Bedarf an Schwimmkursen deutlich erhöht. Vor allem das „Anfängerschwimmen“ ist sowohl für Kinder im vorschulischen Alter, der Primarstufe, als auch für Kinder anderer Schulstufen eine elementare Ausbildung, die Leben retten kann. Denn nicht allzu selten verunglücken Kinder / Jugendliche, die im Sommer in offenen Gewässern baden, aufgrund einer mangelhaften Schwimm Ausbildung. Für die Förderung des „Anfängerschwimmens“ erhält der StadtSportBund (SSB) eine einmalige Summe in Höhe von 100.000 Euro, um die Bedarfe des „Anfängerschwimmens“ in Dortmund zu decken. Die nicht genutzten Gelder fließen zurück an die Stadt.

Besuch außerschulischer Lernorte fördern

Lernen an außerschulischen Lernorten stellt eine Öffnung von Schule und gezielte Erweiterung der Erfahrungen der Schulbesuchenden dar. Lernprozesse an außerschulischen Lernorten sind ganzheitlicher als bei reinem Unterricht in der Schule und Lernen soll am außerschulischen Lernort nachhaltig angeregt werden.

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung,

- a. in Anlehnung an die bis Ende 2020 vom LWL angebotene „Pädagogische Landkarte NRW“ im ersten Quartal 2022 die schon für Mitte 2021 angekündigte Internetplattform für didaktisch vorstrukturierte außerschulische Lernorte in Dortmund zu veröffentlichen (Drucksache Nr.: 19295-20-E1).

- b. ein Konzept zur Förderung des Besuchs außerschulischer Lernorte vorzulegen. Ziel ist es, jeder Schulklasse in jedem Schuljahr den Besuch eines außerschulischen Lernortes zu ermöglichen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Lehrkräfte den Ort frei wählen können (d.h. sowohl didaktisch vorstrukturierte als auch nicht didaktisch vorstrukturierte Orte aufsuchen können), da nur das eine optimale Passung zum Unterricht ermöglicht. Für die Umsetzung dieses Konzepts wird ein Betrag von 70.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Sprechen Sie
uns bitte an:
0231 - 57 94 11
oder
mail@cdu-fraktion-dortmund.de



Thomas Bahr

Sprecher im Ausschuss für
Soziales, Arbeit und Gesundheit



Christian Barrenbrügge

Sprecher im Ausschuss für Kinder, Jugend
und Familie sowie im Betriebsausschuss
FABIDO
Stellv. Sprecher im Schulausschuss



Annette Becker

Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für
Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung,
Europa, Wissenschaft und Forschung
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Mobi-
lität, Infrastruktur und Grün



Emmanouil Daskalakis



Reinhard Frank

Mitglied des Fraktionsvorstandes
(Schatzmeister)
Sprecher im Ausschuss für Mobilität,
Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Rechnungsprüfungs-
ausschuss



Dr. Eva-Maria Goll

Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzerin)
Sprecherin im Schulausschuss



Dirk Hartleif

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für
Mobilität, Infrastruktur und Grün
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Kultur,
Sport und Freizeit



Thorsten Hoffmann

Mitglied des Fraktionsvorstandes (Bei-
sitzer)
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Bürger-
dienst, öffentliche Ordnung, Anregungen
und Beschwerden



Sascha Mader

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Sport
und Freizeit
Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteli-
gungen und Liegenschaften
Stellv. Sprecher im Hauptausschuss
und Ältestenrat



Ute Mais

Bürgermeisterin
Sprecherin im Ausschuss für Kultur, Sport
und Freizeit
Stellv. Sprecherin im Ausschuss für
Kinder, Jugend und Familie sowie im
Betriebsausschuss FABIDO



Matthias Nienhoff

Stellv. Sprecher im Ausschuss für Wirt-
schafts-, Beschäftigungsförderung, Europa,
Wissenschaft und Forschung



Ina Polomski-Tölle



Udo Reppin

Stellv. Vorsitzender des Rechnungsprü-
fungsausschusses
Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-,
Beschäftigungsförderung, Europa, Wissen-
schaft und Forschung
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Finanzen,
Beteiligungen und Liegenschaften



Manfred Sauer

Sprecher im Rechnungsprüfungsaus-
schuss



Dr. Jendrik Suck

Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses für
Finanzen, Beteiligungen und Liegen-
schaften
Sprecher im Hauptausschuss und
Ältestenrat



Michaela Uhlig

Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Soziales,
Arbeit und Gesundheit



Lars Vogeler

Sprecher im Ausschuss für Personal,
Organisation und Digitalisierung



Uwe Wallrabe

Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer)
Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste,
öffentliche Ordnung, Anregungen und
Beschwerden



Uwe Waßmann

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz,
Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen
Stellv. Sprecher im Ausschuss für Personal,
Organisation und Digitalisierung



Friedrich-Wilhelm Weber

Vorsitzender des Ausschusses für
Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,
Anregungen und Beschwerden
Stellv. Sprecher im Ausschuss für
Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung
und Wohnen

Impressum _____

Herausgeber: CDU Fraktion im Rat der Stadt
Dortmund, Südwall 21-23,
44137 Dortmund
V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg
Geschäftsführer
Redaktion: Dr. Jendrik Suck (Leitung),
Ralf Binnberg, Reinhard Frank,
Annette Hedergott, Susanne Lengner,
Nils Sotmann

**Redaktions-
schluss:** 2. Dezember 2021
Satz: schlecht gestaltet. Ute Schlecht
Druck: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH

So erreichen Sie uns: _____

Südwall 21-23
44135 Dortmund
Mo. - Do.: 9.00 - 17.30 Uhr
Fr.: 9.00 - 14.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
Telefon: 02 31 - 57 94 11
Internet: www.cdu-fraktion-dortmund.de
E-Mail: mail@cdu-fraktion-dortmund.de

[cdufraktiondortmund](https://www.facebook.com/cdufraktiondortmund)
 [cdufraktiondortmund](https://www.instagram.com/cdufraktiondortmund)
 [cdufraktionDO](https://twitter.com/cdufraktionDO)